

Stand: 09.01.2026 19:00:52

## Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2652

"Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen IV - Aufstiegs- und Entwicklungschancen ermöglichen"

---

### Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2652 vom 26.06.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/4944 des WK vom 26.11.2019
3. Beschluss des Plenums 18/5246 vom 05.12.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 34 vom 05.12.2019



## **Antrag**

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen IV – Aufstiegs- und Entwicklungschancen ermöglichen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. eine Novellierung der Verordnung über die Einstellungsvoraussetzungen für Lehrkräfte für besondere Aufgaben (ELbAV) im Sinne einer Anerkennung der durch Honorartätigkeiten erworbenen Berufserfahrung von Lehrbeauftragten vorzunehmen;
2. im Einvernehmen mit den Kunst- und Musikhochschulen neben zusätzlichen Dauерstellen, auch Qualifikationsstellen wie künstlerische Juniorprofessur- und Mittelbaustellen in Befristung, Stipendien-Modelle, Graduiertenschulen und innovative Stellenformate, wie das Tenure-Track-Modell zu schaffen;
3. im Einvernehmen mit den Hochschulen im Bereich der universitären Sprachenlehre unbefristete Stellen zu schaffen und diese angemessen zu vergüten;
4. alle staatlichen Hochschulen in Bayern auf die Erstellung von Personalentwicklungsplänen zu verpflichten, um Lehrbeauftragten endlich Karriere- und Entwicklungsperspektiven in der Hochschullaufbahn zu ermöglichen.

### **Begründung:**

Für Lehrbeauftragte an Hochschulen gibt es de facto keinerlei Aufstiegmöglichkeiten. Die Anzahl der Habilitationen von Lehrbeauftragten ist verschwindend gering. Auch andere Aufstiegs- und Entwicklungschancen sind nicht gegeben. Weder durch die Qualität des Unterrichts, noch durch andere Formen der Qualifizierung wie z. B. Fortbildungsmaßnahmen oder Zertifizierungen können Lehrbeauftragte sich für Festanstellungen und höhere Positionen in der Hochschullaufbahn empfehlen. Die Verträge für Lehrbeauftragte lassen lediglich eine befristete Anstellung für maximal zwei Jahre zu. Theoretisch ist anschließend eine Bewerbung auf Ausschreibungen für feste Stellen möglich. Die Tätigkeiten als Lehrbeauftragte werden als Nachweis der Berufserfahrung und Qualifizierung jedoch nicht berücksichtigt. Das Gleiche gilt für Lehrbeauftragte, die an der Hochschule eine Tätigkeit als Lehrkräfte für besondere Aufgaben anstreben. Denn die Wahrnehmung von Lehraufträgen gilt in der Verordnung über die Einstellungsvoraussetzungen für Lehrkräfte für besondere Aufgaben (ELbAV) explizit nicht als Qualifizierungsgrund für eine solche Tätigkeit. Deshalb ist eine Novellierung der ELbAV dringend erforderlich, um es Lehrbeauftragten zu ermöglichen, sich im Sinne einer Anerkennung der durch Honorartätigkeiten erworbenen Berufserfahrung auf feste Stellen bewerben zu können. Die Problematik der fehlenden Entwicklungsmöglichkeiten für Lehr-

beauftragte ist besonders an Musikhochschulen ausgeprägt. Dort gibt es für die Qualifizierung des künstlerischen Nachwuchses keine angemessenen Beschäftigungsformate. Während an den Universitäten Juniorprofessuren, Assistenzstellen oder Graduiertenschulen existieren, gibt es an den Musikhochschulen nur die Möglichkeit des Lehrauftrags. Um eine Lehrbeauftragten-Quote von 25 Prozent an Musikhochschulen zu erreichen, ist neben der Schaffung von Dauerstellen auch die Schaffung von befristeten Qualifikationsstellen dringend notwendig. Durch künstlerische Juniorprofessur- und Mittelbaustellen in Befristung, Stipendien-Modelle, Graduiertenschulen oder neue und innovative Stellenformate, wie das Tenure-Track-Modell, könnte die Situation an Kunst- und Musikhochschulen deutlich verbessert werden. Die Sprachvermittlung an Hochschulen ist eine Daueraufgabe. Besonders Deutsch als Fremdsprache, aber auch andere Fremdsprachen werden im Zuge der Internationalisierung der Hochschulen mehr und mehr nachgefragt. Aus diesem Grund müssen im Bereich der universitären Sprachenlehre unbefristete Stellen geschaffen werden, die nach E 13 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) vergütet werden sollen. Zudem ist die Staatsregierung aufgefordert, Hochschulen auf die Erstellung von Personalentwicklungsplänen zu verpflichten, um die steigende Konkurrenzsituation zwischen Lehrbeauftragten und künstlerischem und wissenschaftlichem Personal zu beseitigen und Entwicklungs- und Karrierechancen für Lehrbeauftragte zu etablieren.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst**

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan  
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Drs. 18/2652

**Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen IV - Aufstiegs- und Entwick-  
lungschancen ermöglichen**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung mit der Maßgabe, dass in Nummer 2 der Strichpunkt durch einen Punkt ersetzt wird und die Nummern 3 und 4 gestrichen werden.

Berichterstatterin:  
Mitberichterstatter:

**Verena Osgyan**  
**Prof. Dr. Winfried Bausback**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 17. Sitzung am 9. Oktober 2019 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 44. Sitzung am 6. November 2019 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass nach den Worten „Kunst- und Musikschulen“ die Worte „im Rahmen vorhandener Haushaltssmittel“ eingefügt werden.
4. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag in seiner 16. Sitzung am 26. November 2019 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen zugestimmt.

**Robert Brannekämper**  
Vorsitzender



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/2652, 18/4944

**Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen IV – Aufstiegs- und Entwicklungschancen ermöglichen**

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. eine Novellierung der Verordnung über die Einstellungsvoraussetzungen für Lehrkräfte für besondere Aufgaben (ELbAV) im Sinne einer Anerkennung der durch Honorartätigkeiten erworbenen Berufserfahrung von Lehrbeauftragten vorzunehmen;
2. im Einvernehmen mit den Kunst- und Musikhochschulen im Rahmen vorhandener Haushaltssmittel neben zusätzlichen Dauerstellen, auch Qualifikationsstellen wie künstlerische Juniorprofessur- und Mittelbaustellen in Befristung, Stipendien-Modelle, Graduiertenschulen und innovative Stellenformate, wie das Tenure-Track-Modell zu schaffen.

Die Präsidentin  
I.V.

**Karl Freller**  
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Abstimmung**

**über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.**

**Anlage 1)**

Das an Nummer 1 der Liste stehende Konsultationsverfahren der Europäischen Union betreffend "Stadtverkehr – Evaluierung von EU-Maßnahmen" wurde vom Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen am Dienstag endberaten. Der Ausschuss schlägt dazu die auf der Drucksache 18/5167 aufgeführte Stellungnahme vor. Die Beschlussempfehlung wurde für Sie aufgelegt.

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 20, 21 und 28 der Liste. Das sind die Anträge der AfD-Fraktion betreffend "Nennung der Nationalität von Tatverdächtigen in polizeilichen Pressemeldungen" auf Drucksache 18/3889, "Zahlen der per Flugzeug einreisender Asylbewerber wieder öffentlich zugänglich machen!" auf Drucksache 18/3890 und "Anhörung zur wirtschaftlichen Nutzbarmachung kerntechnischer Nebenprodukte" auf Drucksache 18/4082. Der Aufruf der Anträge erfolgt, soweit zeitlich noch möglich, nach dem Tagesordnungspunkt 10, der Zweiten Lesung zu den Anpassungen im Beamten gesetz.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegenden Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Enthaltung der beiden fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk ist dem so entsprochen.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der  
Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende  
Europaangelegenheit, die Verfassungsstreitigkeit und  
die Anträge zugrunde gelegt wurden  
(Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen  
oder  
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder  
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Europaangelegenheit**

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union  
Verkehr  
Stadtverkehr – Evaluierung von EU-Maßnahmen  
11.09.2019 – 04.12.2019  
Drs. 18/4036, 18/5167 (E)

**Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Abweichendes Votum des endberatenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>				

**Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“  
zugrunde zu legen.**

## Verfassungsstreitigkeit

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 6. November 2019 (Vf. 17-VII-19) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Lageplans zu Ausgleichs-/Ersatzmaßnahmen auf Fl.Nr. 253/2, Gemarkung Wenzenbach, zum Bebauungs- und Grünordnungsplan BG „Roither Berg“ der Gemeinde Wenzenbach vom 30. März 2015  
PII-G1310.19-0016  
Drs. 18/5027 (E)

## Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

## Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen I – Für eine faire Vergütung  
Drs. 18/2649 18/4940 (A)

## Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen II – Interessenvertretung und Mitbestimmung ermöglichen Drs. 18/2650, 18/4941 (A)

## Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen III – Dauerstellen für Daueraufgaben  
Drs. 18/2651, 18/4943 (A)

## Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen IV – Aufstiegs- und Entwicklungschancen ermöglichen  
Drs. 18/2652, 18/4944 (E)

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

## **Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen V – Einrichtung eines Fonds zur Altersabsicherung von Lehrbeauftragten  
Drs. 18/2653, 18/4946 (A)

## Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen VI – Verzicht auf Erklärung zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit bei Erteilung von Lehraufträgen  
Drs. 18/2654, 18/4947 (A)

## Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

9. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bericht zu Lehrbeauftragten  
Drs. 18/3949, 18/4961 (G)

## Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

10. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP) Einzelfallbezogene politische Weisungen gegenüber der Staatsanwaltschaft abschaffen  
Drs. 18/2985, 18/5024 (A)

## Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Tierschutzrecht in der Nutztierhaltung effizient umsetzen I –  
Verstöße strafrechtlich verfolgen und Defizite im Personalbereich  
abbauen  
Drs. 18/3629, 18/4962 (A)

## Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

12. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Tierschutzrecht in der Nutztierhaltung effizient umsetzen II –  
Digitale Kontrolle der Tiergesundheit  
Drs. 18/3630, 18/4915 (G)

## Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

13. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Leben retten – Drogenkonsumräume legalisieren  
Drs. 18/3701, 18/5000 (A)

Auf Antrag der AfD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

## Votum des mitberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Pflegende Angehörige entlasten – Mehr Anbieter für Angebote zur Unterstützung im Alltag  
Drs. 18/3702, 18/5001 (A)

## Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahlf u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Transparenz für alle in der 24-Stunden-Betreuung – Bündnis gegen die illegale Beschäftigung  
Drs. 18/3758, 18/5002 (A)

## Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Personalmangel am Landgericht Regensburg Drs. 18/3766, 18/5025 (G)

## Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kinderrechte im Grundgesetz verankern  
Drs. 18/3769, 18/4858 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> ENTH					

18. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. SPD  
Programm „Imkern an der Schule“ stärken – Erhöhung der pauschalen Förderung  
Drs. 18/3810, 18/5046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A					

19. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann SPD  
Expertenanhörung zum Thema „Schulbegleitung“  
Drs. 18/3817, 18/5052 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> Z					

20. Antrag der Abgeordneten Richard Graupner, Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)  
Nennung der Nationalität von Tatverdächtigen in polizeilichen Pressemeldungen  
Drs. 18/3889, 18/4795 (A)

**der Antrag wird gesondert beraten**

21. Antrag der Abgeordneten Richard Graupner, Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)  
Zahlen der per Flugzeug einreisender Asylbewerber wieder öffentlich zugänglich machen!  
Drs. 18/3890, 18/5014 (A)

**der Antrag wird gesondert beraten**

22. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u. a. CSU Bericht zur ärztlichen Versorgung in Kinderhospizen  
Drs. 18/3934, 18/5003 (E)

## Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl,  
Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bildung muss umsatzsteuerfrei bleiben  
Drs. 18/3996, 18/5047 (E)

## Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

24. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Margit Wild, Annette Karl u. a. SPD  
Gefahr durch PFOA und PFOS: Bevölkerung aufklären und schützen  
Drs. 18/4001, 18/4838 (A)

## Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)  
Erwachsenenbildung (v. a. allgemeine Weiterbildung) muss umsatzsteuerfrei bleiben  
Drs. 18/4029, 18/5048 (A)

## Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

26. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u. a. SPD  
Bericht zur politischen Bildung und Demokratieerziehung an den beruflichen Schulen in Bayern  
Drs. 18/4035, 18/5053 (E)

## Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Psychosomatische Versorgung von Kindern und Jugendlichen flächendeckend sicherstellen!  
Drs. 18/4079, 18/5004 (A)

## Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

28. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)  
Anhörung zur wirtschaftlichen Nutzbarmachung kerntechnischer Nebenprodukte  
Drs. 18/4082, 18/4945 (A)

**der Antrag wird gesondert beraten**

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülsären Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Sicherheitsdienste in Flüchtlingsunterkünften in Bayern Drs. 18/4196, 18/4857 (G)

## Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration